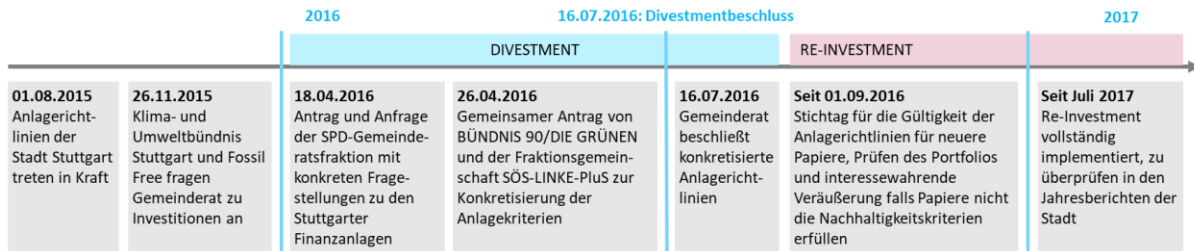


## Fallstudie zu kommunalem Divestment und Re-Investment in Stuttgart

Klima-Bündnis (2018)

Der Divestment-Prozess in Stuttgart dauerte vom Antrag der Konkretisierung der städtischen Anlagerichtlinien bis zum Beschluss des Gemeinderats durch die große Mehrheit der Ratsmitglieder Mitte Juli 2017 etwa drei Monate.



In Stuttgart gab es keinen direkten Auslöser für den Divestmentprozess, sondern vielmehr Entwicklungen, die in dem Beschluss einen Meilenstein erreichten. Bereits bestehende, relativ strenge Anlagerichtlinien wurden 2015 überarbeitet und um den Grundsatz der Nachhaltigkeit ergänzt. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen stellten diesen bis dato noch unkonkreten Grundsatz in Frage. Sie informierten sich detailliert über finanziellen Anlagen der Stadt um im besten Falle auf einen Divestmentbeschluss hinzuwirken. Sie suchten das Gespräch mit den Gemeinderatsfraktionen zu den Vorteilen von Divestment sowie mit der Stadtverwaltung zu den konkreten Inhalten der Anlagerichtlinien. Etwas später startete die Divestment-Kampagne der GRÜNEN im Europaparlament, die von der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN interessiert aufgenommen wurde. Diese Entwicklungen trugen dazu bei, dass die regionale Medienlandschaft für das Thema sensibilisiert und den Zielen eines Divestmentprozesses gegenüber meist positiv eingestellt war.

Gemeinsam mit der Fraktion SÖS-LINKE-PluS wurde der Antrag zur Konkretisierung der Anlagerichtlinien der Stadt Stuttgart in den Gemeinderat eingebracht. Während Fossil Free Stuttgart und weitere zivilgesellschaftliche Gruppen mit einigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen<sup>1</sup> und Pressearbeit den Druck auf die Stadtverwaltung aufrecht erhielten, bezog die Stadtkämmerei die Fondsmanager der Spezialfonds mit ein, um die städtischen Anforderungen nach einer renditesichernden Umschichtung bei möglichst geringen finanziellen Verlusten umzusetzen.

Stuttgarts Vermögensanlagen mit Rentenpapieren haben eine Laufzeit von drei bis fünf Jahren und umfassen zum Stichtag 31.12.2017 761 Mio. Euro. Das Stiftungsvermögen beläuft sich auf 17,3 und der Spezialfond im Eigenbetrieb Abfallwirtschaft beläuft sich auf 58,7 Mio. Euro. Darüber hinaus verwalten externe Fondsmanager für die Holding Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (SVV) vier Spezialfonds mit einem Volumen von zirka 496 Mio. Euro. Generell sind Spezialfonds als längerfristige Anlage über fünf Jahre geplant, mit Aktien und Unternehmensanleihen. Die konkretisierten Anlagerichtlinien gelten für die Spezialfonds und die Vermögensanlagen der Stadt.

Die Rendite aus dem Spezialfonds des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft deckt die Ewigkeitskosten der Deponienachsorge. Die Spezialfonds der SVV sollen Rendite erbringen, um die Verluste der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) zu decken.

<sup>1</sup><https://fossilfreestuttgart.wordpress.com/2016/07/>

Kernelemente des erfolgreichen Divestmentprozesses waren die Kooperationsbereitschaft und die Offenheit der Gemeinderatsfraktionen gegenüber dem interfraktionellen Antrag von SPD, SÖS-LINKE-PLuS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der erste Bürgermeister entkräftete in den Sitzungen Argumente, dass nachhaltige Anlagekriterien die Rendite schmälern werden und zeigte auf, dass es langfristig zu einer besseren Wertentwicklung kommt.

Bedenken der Verwaltung zu Renditeeinbußen wurden von den Fondsmanagern entkräftet, da Investments in nachhaltige Geldanlagen längerfristig am Markt besser bestehen können und solche Investments mit geringeren Risiken behaftet sind. Durch Simulationen zeigt sich, dass auch das Anlageuniversum mit strengeren Anlagekriterien groß genug bleibt.

Die zivilgesellschaftlichen Gruppen nutzten den Austausch mit den einzelnen Fraktionen mit Präsentationen und Informationen, um mit gut aufbereiteten Informationen Bedenken zu entkräften sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen. Für den Gemeinderat stellt die Verwaltung eine Blacklist von Unternehmen zur Verfügung, in die die Stadt nicht investiert.

Das Reinvestment wurde anhand von Negativkriterien durchgeführt. Aus der Vermögensanlage werden Unternehmen ausgeschlossen, die in den Rohstoffabbau von Kohle und Öl investieren, deren Geschäftsfeld (auch) die Energieerzeugung mit Kohle und Öl ist, die Atomenergie erzeugen, die Kinder- oder Zwangsarbeit zulassen, die Produkte herstellen, welche die Menschenwürde durch verunglimpfende und erniedrigende Darstellungen von Personen verletzen, die Militärwaffen und/oder Militärmunition im Sinne der Anlage zum Kriegswaffenkontrollgesetz herstellen oder vertreiben, die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern, die gesetzlich nicht vorgeschriebene Tierversuche für die Herstellung von Kosmetika durchführen, und die einen unangemessenen Umgang mit Korruptions- und Bestechungsvorfällen pflegen.

Über die letzten zehn Jahre belief sich die durchschnittliche Verzinsung der städtischen Anlagen auf 3,13 Prozent pro Jahr – trotz des ab September 2016 um etwa 20 Prozent verkleinerten Anlageuniversums.

### Erfolgsfaktoren in Stuttgart und Empfehlungen an andere Städte:

- Bestehende Informationen und Strukturen rund um das Thema Divestment nutzen
- Breite Mehrheit im Gemeinderat gesichert
- Verzahnung und Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – unterschiedliche Gruppierungen arbeiten (ggfs. aus unterschiedlichen Beweggründen) auf das gleiche Ziel hin
- Fraktionen durch „neutrale“ Instanzen, wie zum Beispiel engagierte Studierende ansprechen und das Gespräch suchen.
- Kommunikativ den Begriff „ethisch“ für die Anlagerichtlinien bewusst einzusetzen
- Bereitschaft zu Kompromissen, z. B. beim Einsatz von Übergangstechnologien wie Gas-und-Dampf-Kombikraftwerke (GUD-Kraftwerke)
- Schrittweises Vorgehen zum Divestment: Mit Ausschlusskriterien Erfahrungen sammeln, ggfs. weiterentwickeln zu Best-in-Class Ansatz oder Positivliste
- Glaubhaft sein – die Anlagekriterien passen zum Selbstbild der Kommune, z. B. Ausschluss von Fracking, jedoch nicht von Erdgas, wenn eigene Stadtwerke Gas-BHKW betreiben
- Verzicht auf Toleranzgrenzen beim Ausschluss

### Quellen

Diese Fallstudie wurde im Rahmen des Projektes „Klimafreundlich Investieren. Kommunales Divestment und Re-Investment“ erstellt. Sie spiegelt unseren Eindruck zum Divestment- und Re-Investment-Prozess in Stuttgart wieder, den wir aufgrund von Interviews mit unterschiedlichen Akteuren sowie Desktop Recherchen im Zeitraum Mai bis Juli 2018 gewonnen haben.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



NATIONALE  
KLIMASCHUTZ  
INITIATIVE